Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „U.L.K.“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Leschalle“ und die „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei bloßer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 50 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 190. Berlin, Sonnabend, den 15. April 1899. XXVIII. Jahrgang.

Die Erklärungen des Herrn v. Bülow.

Die Politiker, welche daran gewöhnt sind, auch bei anscheinend hochgehenden Wogen der Preßpolemik ihre Kaltblütigkeit nicht zu verlieren, werden erfreut, aber nicht überrascht gewesen sein durch die Antwort, die der Staatssekretär des Aeußeren, Herr v. Bülow, gestern auf die Samoa-Interpellation der Abgeordneten Lehr und Genossen im deutschen Reichstage ertheilt hat. Was so vielen Beurtheilern der Lage in dem Auf und Ab der Samoa-Telegramme abhanden gekommen zu sein schien, der gesunde Menschenverstand, hat in Herrn v. Bülow einen beredten Vertreter gefunden. Er bewies, daß er sich weder einschüchtern ließ durch die planmäßig arrangirten Entrüstungsstürme unserer deutschen Chauvinisten, die sich im sogenannten „Alldeutschen Verband“ ein Stelldichein gegeben, noch durch die falschen Nachrichten anglo-amerikanischer Telegraphenagenturen, noch endlich durch das ebenso arrogante wie herausfordernde Auftreten gewisser Organe der Jingopresse in England und in den Vereinigten Staaten.

Der Begründer der Interpellation, der nationalliberale Abgeordnete Lehr, hatte schon vor der Einbringung seiner Frage eine Art Niederlage erlitten, als er sich, um die Unterzeichnung der Interpellation durch die maßgebenden Parteien des Reichstages zu ermöglichen, dazu entschließen mußte, aus der ursprünglichen Fassung seiner Anfrage die Worte „die die deutschen Interessen schwer verletzenden“ Vorgänge in Samoa einfach zu streichen. Damit waren der Interpellation die provokatorischen Spitzen von vornherein abgebrochen.

Freilich suchte sich Herr Lehr durch die Art und Weise, wie er als Antragsteller die Interpellation begründete, für diese Beeinträchtigung seiner ursprünglichen Idee zu entschädigen. Er hielt eine Rede, wie er sie etwa in einer Versammlung des „Alldeutschen Verbandes“ vor gleichgesinnten Chauvinisten gehalten haben würde, aber er mußte es auch erleben, daß die Mitunterzeichner der Interpellation aus den anderen Parteien sich feierlich von dieser Lehrschen Motivirung lossagten und jede Verantwortung für seine Ausführungen ablehnten.

Herr v. Bülow hatte also ein verhältnißmäßig leichtes Spiel, als er den Antragstellern Rede stand, um so mehr, als er in der glücklichen Lage war, seinen Auslassungen durch ein bis dahin sorgfältig gehütetes Novum einen seinen talentenen Gegnern unerwarteten Nachdruck zu verleihen. Denn er war in der Lage, einen erneuten Erfolg der deutschen Diplomatie ankündigen zu können, den nämlich, daß nicht nur Amerika, sondern auch England den deutschen Antrag auf Einsetzung einer Oberkommission für Samoa unter den von Deutschland festgesetzten Bedingungen angenommen haben. Man hatte sich also in den alldeutschen Kreisen wieder einmal gratis et frustra entrüstet.

Diese Ankündigung mußte alle intimen Widersacher um so mehr entwaffnen, als man selbst in ihren Kreisen schwerlich umhinkonnte, sich einzugestehen, daß eine Bramarbasspolitik, wie sie unsere Chauvinisten in petto hatten, kaum im Stande gewesen wäre, einen ähnlichen Erfolg zu zeitigen. Herr v. Bülow hatte bewiesen, daß das alte Rezept „Suaviter in modo, fortiter in re“ durch sein Alter nichts von seiner Wirkung verloren hat.

Die Instruktion, welche die nach Samoa zu entsendende Oberkommission mit auf den Weg erhält, hat Herr v. Bülow in folgender Weise zusammengefaßt:

> Die im Hinblick auf die in Samoa ausgebrochenen Unruhen und zum Zweck der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung daselbst durch die drei Signatarmächte der Berliner Samoa-Akte ernannte Kommission wird die provisorische Regierungsgewalt über die Samoa-Inseln übernehmen.
>
> Zu diesem Zweck soll die **Kommission die höchste Amtsgewalt auf den Inseln ausüben.** Alle und jede andere Amtsperson daselbst, sei es, daß deren Amtsgewalt aus den Bestimmungen der Berliner Generalakte oder anderweit hergeleitet ist, haben dem Befehl der Kommission zu gehorchen, und die drei Mächte werden ihre konsularischen und Marinevertreter zu entsprechender Unterordnung anweisen.
>
> **Keine Maßnahme,** welche von den Kommissaren in Gemäßheit ihrer vorbezeichneten Amtsgewalt getroffen wird, soll **rechtsgültig** sein, **wenn nicht alle drei Kommissare der Maßnahme zustimmen.**
>
> Es gehört zu den Aufgaben der Kommission, zu erwägen, welche Bestimmungen sie für die zukünftige Landesregierung oder die Abänderung der Berliner Schlußakte für nothwendig erachtet, und an ihre Regierungen über die Auffassungen, zu denen sie schließlich gelangt ist, zu berichten.

Diese Instruktionen genügen, um bei den zur Zeit im Amt befindlichen englischen und amerikanischen Konsuln und anderen Beamten den unter ihnen epidemisch ausgebrochenen furor consularis endgiltig zu beseitigen und jene definitiven Zustände auf Samoa zu schaffen oder doch vorzubereiten, die der vielgepriesenen Inselgruppe in Zukunft eine gedeihliche Entwickelung verheißen, als sie ihr bisher zu Theil geworden.

Der Erfolg des Herrn v. Bülow schließt allerdings nicht aus, daß sich bei uns wegen der Art und Weise, in welcher die englische Politik unter Lord Salisbury diese friedliche Wendung länger, als uns lieb sein konnte, hinauszuögern strebte, dieser Erfolg, sagen wir, schließt nicht aus, daß sich bei uns noch für längere Zeit eine wohlberechtigte Mißstimmung gegen England und sein Verhalten festsetzen wird. Was Lord Salisbury vorgestern zugestand, wäre ihm sicherlich freudig gedankt worden, wenn er es wie die Vereinigten Staaten sofort und ohne dilatorisches Verhalten bewilligt hätte. Jetzt nimmt man seine Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen wohl ruhig hin, aber auf eine Anerkennung wegen des Eingehens auf die deutschen Forderungen wird er im deutschen Volke nicht mehr rechnen können.

Herr v. Bülow betonte im Uebrigen mit vollem Recht und mit gewichtigem Nachdruck, daß die deutsche Reichsregierung die großen deutschen Interessen auf Samoa nicht beeinträchtigen lassen werde. Und wenn er es auch „im höchsten Grade ruchlos“ fand, wegen des unbedeutenden Objektes einen Krieg zwischen drei großen und gesitteten Völkern zu entfesseln, so betonte er doch mit gutem Fug, daß das deutsche Volk es als eine nationale Ehrensache empfinde, nicht nur Eigenthum und Erwerb unserer Landsleute auf Samoa zu schützen, sondern auch an unseren vertragsmäßigen Rechten in jenem Archipel unentwegt festzuhalten.

Diese Hervorhebung des guten deutschen Rechtes, das wir uns nicht verkümmern lassen wollen, wirkte so überzeugend und mit fortreißend auf den Reichstag, daß selbst Liebknecht als Vertreter der Sozialdemokratie nicht umhinkonnte, zu betonen, dieser Rechtsboden werde „von uns allen unterstützt“ werden.

Und so kam es, daß die Interpellation, die von ihren ersten Urhebern ursprünglich als eine Pression, um nicht zu sagen eine Drohung, gegen die vom Staatssekretär des Aeußeren vertretene Politik gemeint gewesen war, sich schließlich zu einem parlamentarischen Erfolge der verbündeten Regierungen gestaltete, da alle Parteien ohne Ausnahme das Erreichte und das noch zu Erreichende für so bedeutsam erachteten, daß sie auf jede weitere Besprechung der Interpellation Verzicht leisteten. Wenn aber Herr v. Bülow dieses Resultat bei sich überdenkt, so kommt er vielleicht zu dem Ergebniß, daß auch der Abgeordnete Lehr und seine engeren Freunde im Ueberschwang ihres Patriotismus, ohne es zu wollen, verriethen, auch sie seien ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

* * *

Nach Erledigung der Interpellation über Samoa wurde die Berathung des **Fernsprechgebührengesetzentwurfes** fortgesetzt. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hasse erklärte sich im Großen und Ganzen mit der Vorlage einverstanden, während Abgeordneter Oertel (Bund der Landwirthe) für eine stärkere Berücksichtigung des platten Landes eintrat. Abgeordneter Dasbach (Centrum) sprach gegen den Entwurf, weil er eine Vertheuerung der Benutzung des Telephons herbeiführt. Ebenso erhob Abgeordneter Bleil (freisinnige Volkspartei) Einspruch dagegen, daß die Höchstgebühr für ein Telephon den jetzt giltigen Betrag von 150 Mark übersteige. Abgeordneter Graf Bernstorff (Reichspartei) war natürlich mit dem Grundgedanken der Vorlage: Begünstigung des platten Landes — durchaus einverstanden; indeß erhob auch er Widerspruch gegen verschiedene Einzelheiten; nach seiner Ansicht sind die vorgeschlagenen Gebühren in den Städten für Einzelpersonen zu hoch. Treffend charakterisirte Abgeordneter Pachnicke (freisinnige Vereinigung) die „Reform“ des Herrn v. Podbielski dahin: der jetzige Zustand war einfach, wenn auch theuer; die neue Vorlage will einen Zustand herbeiführen, der sehr theuer und sehr verwickelt ist. Nach einer kurzen Erwiederung des Staatssekretärs v. Podbielski wurde die Vorlage an dieselbe Kommission verwiesen, die die Postgesetznovelle vorzuberathen hat. Alsdann wandte sich der Reichstag dem **Gesetzentwurf betreffend die Telegraphenwege** zu, der der Telegraphenverwaltung wesentlich größere Rechte gegenüber Privaten, Kommunen und solchen Gesellschaften einräumen will, die elektrische Anlagen benutzen. Staatssekretär v. Podbielski suchte darzuthun, daß das Privateigenthum nur in geringem Grade durch das Gesetz beschränkt würde. Abgeordneter Lenzmann (freisinnige Volkspartei) vertrat allerdings eine wesentlich andere Auffassung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz nur zu Stande komme, falls die Verwaltung den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit mehr Rechnung trage. Die Vorlage wurde dem gegenüber sowohl vom Staatssekretär selbst noch einmal, wie von seinem Mitarbeiter, dem Ministerialdirektor Sydow, vertreten. Darauf vertagte das Haus die weitere Berathung auf heute Mittag. Außerdem steht das Fleischschaugesetz auf der Tagesordnung.

* * *

London, 14. April. (W. T. B.) Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Aeußeren Brodrick erklärte, daß auf **Samoa Kämpfe** zwischen den rivalisirenden Parteien stattgefunden, und die britischen sowie die amerikanischen Behörden eine Einmischung in die dortigen Wirren für nöthig gehalten hätten, um die Ordnung wieder herzustellen. Zwischen den drei Regierungen sei eine Verständigung darüber erzielt worden, eine Kommission nach Samoa zu senden mit der Vollmacht, für die Herstellung der Ordnung zu wirken und über die nöthigen Schritte bezüglich der künftigen Regierung auf den Inseln zu berichten. Die Kommission solle so bald wie möglich abreisen.

England und der Islam.

In einem Augenblick, in welchem die englische Weltpolitik darauf auszugehen scheint, sich die wenigen Sympathien vollends zu verscherzen, deren sie sich bei uns in Deutschland erfreut, geht uns aus islamitischen Kreisen ein Schmerzensschrei zu, der, wenn er sich auch anscheinend wider Gesammteuropa richtet, doch, wie aus seinem Inhalt hervorgeht, hauptsächlich auf England gemünzt ist. Es geht aus diesem Schmerzensschrei hervor, daß die englische Politik überall da, wo sie mit dem Islam in Berührung kommt, durch ihr gewaltthätiges Auftreten arge Verstimmungen — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — hervorruft, die in einem gegebenen Momente zu recht gefährlichen Explosionen zu führen geeignet sind. Die Idee des Panislamismus, die der Briefsteller, der bekannte egyptische Patriot Mustafa Kamel, vertritt, könnte den Vertretern des „Greater Britain“ peinlich genug auf die Nerven fallen, und eine zielbewußte deutsche Politik würde hier vielleicht den Punkt zu finden wissen, wo sie den Hebel ansetzen kann, um den chauvinistischen britischen Politikern das mit Zinsen heimzuzahlen, was sie im gegenwärtigen Momente an uns zu sündigen für gut befinden. Sicherlich ist die Idee des Panislamismus für ein Reich, das so viele mohamedanische Unterthanen zählt wie das englische, ein gefährliches Element, und Deutschland, das seit der Orientreise unseres Kaisers mit dem Kalifen in Konstantinopel so freundschaftliche Beziehungen unterhält, besäße darin eine Handhabe, deren Wuchtigkeit man in Downing Street zu London schwerlich unterschätzen dürfte.

Der Brief aber, der uns zugeht, hat folgenden Wortlaut: „Einen Krieg bis aufs Messer hat uns Europa erklärt. Seit die Welt steht und seit die muselmanische Religion Wurzel geschlagen hat, geht das Christenthum darauf aus, die Macht des Islams zu brechen und alle Muselmanen zu unterjochen. Europa, das sich immer rühmt, ein Hort der Kultur und Civilisation zu sein, setzt damit lediglich die Kreuzzüge fort. Deshalb findet das schöne und weise Wort des Sultans einem Wiener Politiker gegenüber: „Europa macht uns einen verabscheuungswürdigen Kreuzzug“, täglich einen lauteren Widerhall im Herzen aller Muselmanen, weil es so vortrefflich dem einmüthigen Gefühl aller Mohamedaner der Welt entspricht.

Unter dem Vorwande, dem türkischen Reich seine Unabhängigkeit und seinen Bestand zu gewährleisten, hat Europa das osmanische Reich zerstückelt; unter dem Vorwande, den Christen im Orient ihr Leben und ihre Ruhe zu garantiren — was weiß Gott nicht nöthig ist —, säet Europa den Geist der Zwietracht und der Anarchie im Orient. Mit welchem Recht mischt sich denn dieses Europa überhaupt in die Angelegenheiten der Türkei ein? Warum hat es auf Kreta, aber nicht auf Kuba interveniert? Warum interessirt es sich so sehr für die Christen im Orient und denkt gar nicht an die Leiden zum Beispiel der Irländer, der Juden und der Matabele? Sind die Christen des Orients denn allein Glieder der menschlichen Gesellschaft und wir Anderen nicht?

Aber die Parteinahme Europas ist zu offenkundig, um erst noch aufgedeckt werden zu müssen. Es kam nach dem Orient mit den stolzen Worten: „Civilisation und Menschlichkeit“; in Wahrheit hat es Krieg, Vernichtung und Verderben gebracht. Denn was haben wir denn schließlich von der angeblichen abendländischen „Civilisation“ gehabt? Leiden, nichts als Leiden . . . nicht ein einziges muselmanisches Land, das unter europäischer Herrschaft steht, ist glücklich geworden. Unterdrückung, Elend und Verderben, das ist die Devise Europas in den Ländern des Islams. Und diese Anklage schleudere ich dem gesammten Europa ins Gesicht. Denn die Völker des Abendlandes glauben wirklich an die offiziellen Auslassungen, die immer sich damit brüsten, daß sie nur für die Civilisation arbeiten.

Was hat denn Europa in Kreta vollbracht? Eine Tragödie, civilisirter Völker durchaus unwürdig. Da ist ein Land, die Türkei, das mit Griechenland Krieg führt um Kreta, das glänzende Siege erringt und das dank der Güte Europas nun zusehen muß, wie man ihm, dem Sieger, Kreta wegnimmt und es dem besiegten Griechenland schenkt!! Und das, nachdem man die Türkei gezwungen hat, Thessalien preiszugeben. . . .

Nach solch einem Trauerspiel kann man nicht mehr der Narr Europas bleiben. Dieser „Fall Kreta“ hat alle die schönen Träume Derer zu nichte gemacht, die noch an die Aufrichtigkeit Europas glaubten. Man vergleiche den Verlust Kretas mit dem Gemetzel von Navarin. Im Jahre 1827 haben Frankreich, Rußland und England, wie heute, verrätherisch und unwürdig die stolzen ottomanischen Geschwader verbrannt und vernichtet. Der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich nannten das einen Meuchelmord. Der jetzige Verlust von Kreta ist für die Muselmanen nicht weniger schmerzlich als der Meuchelmord von Navarin. Die Erinnerung daran wird jedem Muselman unauslöschlich im Gedächtniß bleiben.

Und in Egypten und im Sudan, was war da das Werk Europas? Erst ging man ehrlich mit der Civilisation vor, dann nahm man die Menschen und die Reichthümer des Landes in Besitz und bezahlte mit einer englischen Okkupation!

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 10, sowie für die auswärtigen Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 16.